

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 8

Artikel: Die Presse unter der Diktatur
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Presse unter der Diktatur

Als *Friedrich Adler* im Mai 1917 in Wien vor dem Ausnahmegericht stand und den Richtern seine Anklagen gegen den habsburgischen Absolutismus ins Gesicht schleuderte, führte er auch zur Motivierung seiner Tat voller Entrüstung an, daß die Prager Polizeidirektion nach Kriegsausbruch das sozialdemokratische Tagblatt «Pravo Lidu» gezwungen habe, patriotische Leitartikel abzdrukken, die die Polizei gebrauchsfertig beistellte. Wie haben sich doch die Zeiten seit damals geändert – und nicht zum Besseren! Was 1917 zweifellos über die Reihen der Arbeiterbewegung hinaus als schreiendes Unrecht und als perfide Einschränkung der Pressefreiheit empfunden wurde, wäre in den Diktaturstaaten von heute gar nicht möglich und war schon in denen von gestern undenkbar, weil diese ja die bloße Existenz von oppositionellen oder auch nur unabhängigen Zeitungen nicht zulassen und weil die Polizeibeamten, die Anno dazumal als Fleißaufgabe Propagandamaterial zu verfassen hatten, heute in den Redaktionsstuben sitzen und die Zeitungen direkt fabrizieren, die darum auch fast durchweg unlesbar sind.

Bisher hat es noch keine zusammenfassende Darstellung darüber gegeben, wie die Diktaturen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der Presse umspringen. Nun hat das *Internationale Presse-Institut* in Zürich, dem man schon manche wertvolle Veröffentlichung verdankt, diese Lücke durch ein höchst bemerkenswertes Sammelwerk gefüllt, das das Rückgrat aller weiteren Forschungen auf diesem Gebiet bilden dürfte («Die Presse in autoritären Ländern», französisch und englisch, Zürich 1959). Es ist die logische Ergänzung eines früheren Buches, das den behördlichen Druck auf die Presse in unbestritten demokratischen Ländern zeigte. Die neue Publikation wendet ihre Aufmerksamkeit mit der gleichen Intensität den kommunistischen Feinden der Pressefreiheit und Wahrheit wie deren faschistischen und halbfaschistischen Gegnern zu. Sie schildert Land für Land die Methoden, mit denen sich die herrschende Partei – nirgends durch den Willen des Volkes zu dieser Herrschaft berufen – ein Monopol auch auf diesem Gebiet sicherte, die Art und Weise, wie sie dieses Monopol der Information, die bei ihr mit Beeinflussung identisch ist, ausübt und erhält und nicht zuletzt die oft heroischen, oft verzweifelten Versuche der Opfer dieser Systeme, sich gegen die Abwürgung aller Meinungsfreiheit aufzubauen. Die Studie des Presse-Institutes, die ein Kollektivwerk ist, hat keinen namentlich genannten Verfasser, aber es ist deutlich, daß das Institut für jedes der besprochenen Länder ausgezeichnet informierte Fachleute zur Verfügung hatte, die ein ungeheures und bei weitem nicht allgemein bekanntes Material von höchstem dokumentari-

schem Wert zutage förderten, das vom Institut noch genau überprüft wurde. (Das Kapitel über die Sowjetunion stützt sich unter anderem auf das Buch unseres Freundes *Bruno Kalnins* «Der sowjetische Propagandastaat».)

Eine länderweise genaue Darstellung der autoritären Unterdrückungsmethoden hätte zu ermüdenden Wiederholungen geführt, da ja die Grundzüge des Systems, nämlich die absolute Ausmerzung alles dessen, was nach Pressefreiheit riecht, im Wesen überall die gleichen sind. Es war daher richtig, die Dinge für den kommunistischen Bereich im Eingangskapitel über die Sowjetunion ausführlicher zu schildern und bei der Besprechung der einzelnen Länder dann mehr Gewicht auf die jeweils spezifischen Erscheinungen und Einrichtungen zu legen.

«Wir beabsichtigen nicht, Selbstmord zu begehen, und darum werden wir auch keine Pressefreiheit einführen», hat Lenin schon 1921 erklärt, und daran haben sich die Kommunisten, wo sie die Macht dazu haben, mit eiserener Konsequenz gehalten, wie sie auch niemals von dem Grundsatz abwichen, den der Leiter der Agentur Taß 1956 mit den Worten definiert hat, daß Nachrichten «Propaganda mit Hilfe von Fakten» zu sein haben: «Bei der Auswahl des Gegenstandes muß der Autor des Berichtes im Auge haben, daß die Presse nicht einfach alle Fakten berichten oder beliebige Ereignisse festhalten soll... Nachrichten müssen belehrend und instruktiv sein.»

Sicherlich variieren die Verhältnisse von Land zu Land ein wenig. In Rußland gibt es zu allem Überfluß und trotz der Besetzung aller Redaktionen mit verlässlichen Parteigängern auch noch eine Zensur, die im Notfall eingreift. In anderen kommunistisch regierten Ländern scheint man ohne Zensur auskommen zu können, weil die Strafe für die Nichtbeachtung der ungezählten Richtlinien, Befehle und Winke, von einem Zuwiderhandeln gar nicht zu reden, als genügend wirksame Handhabe betrachtet wird. In China – und über das kommunistische China hat die Publikation viel Bemerkenswertes zu sagen – gibt es noch einige Zeitungen im Privatbesitz; sie sind natürlich ebensowenig frei wie die übrigen. In den europäischen Satellitenstaaten, wie in der Tschechoslowakei und der deutschen Sowjetzone, existieren «nicht-kommunistische» Blätter, nämlich Organe der sogenannten «bürgerlichen» Parteien, die für das Regime ein erwünschtes Feigenblatt sind, aber nur ein verachtetes Schattendasein führen. Um ganz sicher zu gehen (was ihnen aber trotzdem nicht immer gelingt), sind sie gefügiger als die Blätter, die erklärte Sprachrohre der Machthaber sind, und beschränken sich meist auf das Paraphrasieren sowjetischer Äußerungen. Das Resultat ist überall das gleiche: Zeitungen von einer unglaublichen Eintönigkeit, in denen alles verschwiegen wird, was sich propagandistisch nicht auswerten oder umfälschen läßt, und in denen es an der Registrierung auch ganz unpolitischer Tatsachen, die den Leser interessieren könnten, völlig gebricht. Die seinerzeitige Meldung eines polnischen, in einem Ostseehafen erscheinenden Blattes liest sich wie eine

Satire, war aber ernst gemeint und ist das typische Produkt der kommunistischen Einschüchterungsmethoden: «Wie die Polnische Presse-Agentur aus Warschau meldet, wütete vorgestern ein heftiger Sturm an unserer Küste.» Nicht ein Wort konnte und durfte in der Sowjetpresse darüber erscheinen, daß 1955 eines der größten sowjetischen Schiffe im Schwarzen Meer unterging und 1500 Menschen mit sich begrub. Das und die Tatsache, daß die Freigabe Indiens durch England in der Sowjetpresse nie verzeichnet wurde, kann man noch aus mißleiteten Propagandarücksichten verstehen. Aber unerklärlich auch vom kommunistischen Standpunkt ist die verspätete Mitteilung von Tatsachen, die man schwer für immer verheimlichen kann. Warum durfte die Sowjetpresse zum Beispiel den Tod Wyschinskis in Neuyork 1954 erst zwei Tage später melden als die der übrigen Welt? Welchen Bedürfnissen und Notwendigkeiten ist damit gedient? Daß die kommunistische Presse in Wirklichkeit ein Abfallkorb ist, erkennt man an der grotesksten Geschichte, die in der Veröffentlichung des Presse-Institutes erzählt wird. Zum 70. Geburtstag Stalins im Dezember 1949 hatten die russischen Zeitungen die Listen der Organisationen und Einzelpersonen zu veröffentlichen, die Glückwünsche gesendet hatten. Das ging durch 22 Monate und wurde erst im Oktober 1951 abgeschlossen.

Die nicht nur für den Tag bestimmten Richtlinien für die Sowjetpresse sind in einem Buch «Rechenia partii o pechati» (Direktiven der Partei über die Presse) zusammengefaßt, dessen Ausgabe für 1940 220 Seiten umfaßte. Die Neuauflage von 1954 war auf 675 Seiten angeschwollen. Daneben gibt es noch die Überwachung durch die «Agitprop»-Organisation in Moskau und ihre Filialen in den einzelnen Bundesrepubliken, die geheime Direktiven ausgibt, hauptsächlich Angaben über die Dinge, die nicht erwähnt werden dürfen. Aber nur mit einem Erlaubnisschein der einer ganz anderen administrativen Sphäre angehörenden Zensur, die noch einmal alles genau überprüft (bekannt unter dem Namen «Glavlit»), kann eine Zeitung in Druck gegeben werden. So gering der Unterschied zwischen den einzelnen sowjetischen Zeitungen ist, hat der potentielle Leser auch da kaum die Möglichkeit einer Wahl. Nur etwa 10 Prozent der Auflage geht in den Straßenverkauf. Im Wesen hat jeder das zu kaufen und zu lesen, was die Obrigkeit für ihn bestimmt hat: der Bauer eine andere Zeitung als der Arbeiter usw. Außerhalb Moskaus ist nur eine kleine und genau festgesetzte Quote der Moskauer Zeitungen erhältlich, damit nicht jemand, der über die Inhaltslosigkeit der Minsker oder Kiewer Gazetten verzweifelt ist, nach dem – kaum weniger monotonen – Inhalt von «Pravda» oder «Izvestija» greifen kann.

Wie hat sich das «Tauwetter» von 1956 in der kommunistischen Presse ausgewirkt? Die Veröffentlichung des Presse-Institutes widmet dieser Frage verdienstermaßen große Beachtung und belegt die damals vorübergehend eingetretene Lockerung mit interessanten Zitaten. Eine Zeitlang gab es in

Rußland so etwas wie Polemiken. Die «Pravda» fiel zum Beispiel über die Redaktion der Monatsschrift «Voprossy Istorii» (Probleme der Geschichte) her, weil diese in einem Anfall von «Objektivismus» die Menschewiken und Karl Kautsky in einem Licht schilderte, das ein wenig günstiger war, als es der üblichen Schimpfphraseologie entsprach. Die Angegriffenen setzten sich zur Wehr und erklärten, auf ihren Ansichten zu beharren. Der Streit ging auf echt kommunistische Weise aus. Im Frühjahr 1957 griff die Partei ein und entfernte die ganze Redaktion der Monatsschrift. (Etwas einigermaßen Vergleichbares spielt sich gegenwärtig in der Tschechoslowakei in der vorgeschriebenen Beurteilung Dr. Eduard Benesch ab. Vor einigen Jahren schrieben sich die Kommunisten die Finger wund, um zu «beweisen», daß Benesch 1938 als Komplize Hitlers und der Wall Street sein Land verkauft hatte. Neuerdings wird er nur als an sich gutgläubiges Opfer seiner westlichen Einstellung verdammt. Diese Änderung der Tonart geht aber deutlich auf Parteiweisungen zurück, deren Motive vielleicht in dem Wunsch zu suchen sind, sich in den Augen der Bevölkerung nicht allzu lächerlich zu machen.)

Mit wahrer Erschütterung liest man die Angaben über die *ungarische Tragödie* auf dem Felde der Presse. Das gleiche gilt für *Polen*, das eine kurze Zeit ein größeres Maß an Freiheit besessen hat und wenigstens nicht alles davon wieder aufgeben mußte. (Hier hätte man vielleicht den isoliert gebliebenen Fall vom Dezember 1956 erwähnen können, als ein Journalist es wagte, die Ermordung der beiden jüdischen Sozialisten *Alter* und *Erlich* durch das Stalinregime anzuprangern. Er konnte das allerdings nur um den Preis der – völlig irreführenden – Andeutung tun, daß Beria hier die Hände im Spiel gehabt hat.) Ähnliches trifft für *Jugoslawien* zu. An dem Grundcharakter der Presse in kommunistisch regierten Ländern hat sich aber trotz «Tauwetter» nichts geändert, obwohl sie einige zaghafte Schritte auf dem Wege von einem Amtsblatt zu wirklichen Zeitungen zurücklegen konnten. Eine erhalten gebliebene Frucht der besseren Atmosphäre sind neue Zeitungen wie die etwas weniger eintönige «Sovetskaja Rossia» und ein Moskauer Abendblatt «Vecernjaja Moskwa», das prompt in Prag bis ins letzte Detail nachgeahmt wurde. «Veverni Praha» ist regelmäßig sofort nach dem Erscheinen ausverkauft, und das nur deshalb, weil dieses Abendblatt einen etwas leichteren Ton anschlägt und nicht ausschließlich über Produktionsverpflichtungen und außerordentliche Leistungen von Kuhmelkerinnen berichtet.

Mit anderen Worten, aber im gleichen Sinn, wird auch in den nicht-kommunistischen Diktaturen die Notwendigkeit des Pressemonopols begründet, nämlich damit, daß die Presse die staatspolitische Aufgabe habe, die Menschen zur «richtigen» Gesinnung zu erziehen, die mit der des Regimes identisch ist. Spanien, Portugal, die lateinamerikanischen Autokratien, Ägypten

ten, Formosa, Südvietsnam – es ist überall das gleiche Lied. Da es sich aber hier meist um Regimes handelt, deren einzige Ideologie in dem Willen besteht, sich am Leben zu erhalten, sind sie weniger unduldsam als die kommunistischen, die überall auf der Erdkugel Diener der gleichen weltweiten Strategie sind. In einer spanischen Zeitung kann man verhältnismäßig objektive Betrachtungen über Dinge finden, die sich in der übrigen Welt abspielen und auf Spanien keinen direkten Bezug haben (etwa über die Programmdebatten in der Labour Party). Das macht uns das Franco-Regime nicht sympathischer. Aber es spiegelt seine weltpolitische Isoliertheit wider, an der es leidet, seit es der Bundesgenossenschaft Hitlers und Mussolinis beraubt wurde. Ähnliches wäre in einem ungarischen oder bulgarischen Blatt ausgeschlossen. Daß auch in den gleichgeschalteten Blättern Spaniens (und Portugals) der Geist der Rebellion um Gehör ringt, ist eine der beglückenden Fakten, die in der Studie des Presse-Institutes festgehalten werden. Wie gerne möchte man dem spanischen Karikaturisten die Hand drücken, der im Vorjahr für eine Zeichnung ins Gefängnis ging, die die Schalen der Gerechtigkeit darstellte, deren eine sich unter der Last von 5 Pesetas (etwa 40 Rappen) senkt... In dem Buch werden auch manche unbekannte Details aus Formosa und Südvietsnam registriert, die zur Beurteilung der dortigen Regimes wichtig sind. Pakistan wurde wohl deshalb noch nicht einbezogen, weil die dortigen Maßnahmen gegen die Pressefreiheit zu jungen Datums sind. So traurig das meiste ist, was hier über Rußland und Spanien, China und Portugal, Rumänien und Paraguay ausgesagt wird, das Sehnen der Menschen nach Freiheit, das Streben nach Durchbrechung, Umgehung und Abschüttelung des Informations- und Beeinflussungsmonopols kommt überall in der Welt kräftigst zum Ausdruck.

Natürlich werden uns die Kommunisten erzählen, daß es außerhalb des Bereiches ihrer unbeschränkten Herrschaft keinerlei Pressefreiheit gibt (was durch die bloße Existenz kommunistischer Blätter in nichtkommunistischen Staaten restlos widerlegt ist), während bei ihnen die wahre Pressefreiheit besteht, weil die Presse dem «Volke» dient. Nun, wer die Knechtung des Geistes in den autoritären Staaten beklagt, muß deshalb noch nicht von allen Erscheinungen in der Presse demokratisch regierter Staaten begeistert sein. Aber unvollkommene Freiheit, unerfreuliche Auswüchse der verschiedensten Art ermöglichende Freiheit, ist immer noch dem Zustand absoluter Unfreiheit vorzuziehen. In der Presse der demokratischen Staaten, hören wir immer wieder, wird vielfach gelogen. Das stimmt leider und wirkt sich oft zuungunsten der demokratischen Arbeiterbewegung aus. Aber der nicht unwesentliche Unterschied ist eben doch, daß die Presse in den demokratischen Staaten zwar das Recht hat, zu lügen, ein Recht, von dem sie nicht Gebrauch machen muß, während das in den diktatorischen Staaten Pflicht ist, der man sich nicht entziehen kann.